



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Angriffe bei VW und Co., Sparpläne im Öffentlichen Dienst: Kein Wahlzettel, sondern nur Kämpfe der Arbeitenden können sie aufhalten

Nach drei Jahren Dauerstreit ist die Ampel-Regierung endgültig geplatzt. Doch schon geht das Theater weiter. Nun versuchen sich alle Parteien, als Retter des Landes in Szene zu setzen. Jede erklärt, dass nur sie „Deutschland aus der Krise“ führen könne.

Doch nicht „Deutschland“ steckt in der Krise, sondern wir Arbeitenden. Über hunderttausend Arbeitende bei VW, Ford und Thyssenkrupp bangen um ihren Arbeitsplatz. In zahllosen Betrieben sind Arbeitende von Entlassungen und Lohnkürzungen bedroht. Ganz zu schweigen von all denen, die gerade wegen Krankheit oder befristeten Verträgen brutal aus den Betrieben gedrängt werden.

Die deutschen Kapitalisten hingegen stecken kein bisschen in der Krise. Allein die Familie Porsche-Piëch, Hauptaktionärin von VW, hat in den letzten vier Jahren über 10 Milliarden Euro Gewinnbeteiligung kassiert. Und das Vermögen der 250 reichsten deutschen Konzernbesitzer ist im letzten Jahr um weitere 53 Milliarden Euro gewachsen, auf 1,1 Billionen Euro.

Doch ALLE Parteien im Bundestag verstehen unter „Bekämpfung der Krise“, dass sie eben diesen Kapitalisten... noch mehr Geld geben wollen. Dass sie den Konzernen mit Staatsgeldern die Energiepreise senken, ihnen weitere Milliarden an Subventionen, Kaufprämien und vieles mehr schenken wollen.

Doch wieso bitte braucht ein Konzern wie VW Geld vom Staat, obwohl er 137 Milliarden Euro an Rücklagen auf seinen Firmenkonten herumliegen hat – und obendrein viel mehr Autos verkauft als noch vor zehn Jahren?

Und vor allem: Wenn 137 Milliarden Euro Rücklagen die VW-Bosse nicht daran hindern, Werke zu schließen und Löhne zu kürzen, wieso sollten weitere Milliarden vom Staat sie daran hindern?

Die Politiker wissen genau, dass all ihre

„Hilfen für die Wirtschaft“ nur die Kapitalisten weiter bereichern, während es uns Arbeitenden weiter an den Kragen geht.

Das hindert SPD und Grüne nicht daran, genauso weitermachen zu wollen wie bisher: Sie wollen für diese Geschenke noch mehr Schulden machen, die wir dann morgen mit weiteren Sparmaßnahmen bezahlen müssen. Die 32.000 Beschäftigten, die in NRW erst letzte Woche gegen die jüngsten Sparmaßnahmen bei Kitas, Frauenhäusern oder den Hilfen für Behinderte auf die Straße gegangen sind, können ein Lied davon singen.

CDU, FDP und AfD sind noch ungenierter: Sie geben offen zu, dass sie den Reichen am liebsten alle Steuern erlassen würden – und dafür sofort und radikal bei der Rente und dem Bürgergeld sparen wollen. Dass sie obendrein den Konzernen noch mehr „Freiheiten“ verschaffen wollen, zum Beispiel noch mehr CO₂ auszustoßen und ihre Arbeiter noch „flexibler“ auszubeuten. Und sie versuchen uns dabei noch einzureden, all dies wäre im Interesse der arbeitenden Bevölkerung!

In den USA ist Trump mit so einem Wahlprogramm angetreten. Und wir sehen, wo es hinführt: Demnächst sitzen dort direkt Konzernbosse an der Spitze der Regierung, um kompromisslos ihre Interessen durchzusetzen.

So soll der Boss eines Öl-Konzerns jetzt Energieminister werden, der den Firmen noch mehr zerstörerisches Fracking und grenzenlosen CO₂-Ausstoß erlauben will.

Oder Elon Musk, einer der reichsten Männer der Welt, der berüchtigt dafür ist, die Arbeiter*innen in seinen Fabriken bis zum Umfallen auszubeuten und Gewerkschaften mit allen Mitteln zu verhindern: Der soll nun als „Sparminister“ den öffentlichen Dienst radikal zusammensparen, damit noch mehr Staatsgelder stattdessen an seinen und andere Konzerne fließen können.

Und ein Wall-Street-Milliardär wird Handelsminister und will den Handelskrieg mit weiteren Zöllen verschärfen – auf dem Rücken der Arbeitenden weltweit.

„Die Kapitalisten und ihre skrupellose Profitmacherei zuerst – auch wenn die Arbeitenden und der Planet dabei draufgehen.“ Das steckt in Wahrheit hinter ihrer Losung „Unser Land und unsere Wirtschaft zuerst.“ Und es sagt viel über die AfD und ihre Zukunftsvorstellungen aus, dass sie Trump als erste zu dieser Politik gratuliert hat.

Auf einen neuen Heilsbringer an der Regierung zu hoffen, ist also nicht nur fruchtlos. Es ist regelrecht gefährlich. Wollen wir Arbeitenden uns verteidigen, müssen wir andere Wege gehen.

Die Kapitalisten setzen all die Verschlechterungen durch, indem sie uns mit weiteren Entlassungen und Verlagerungen drohen. Doch wir Arbeitenden haben ebenfalls ein Druckmittel: Wenn wir die Arbeit niederlegen, läuft kein einziger Betrieb mehr!

Dass sie uns Arbeitende gerade in zig Betrieben und Branchen, ja über Landesgrenzen hinweg angreifen, kann so auch zu einer Stärke werden: Wenn wir uns bewusst werden, dass die Arbeitenden aller Unternehmen gemeinsame Interessen haben – und einen gemeinsamen Kampf.

Angefangen mit dem Kampf dafür, dass Entlassungen und Werkschließungen verboten werden, dass die Arbeit stattdessen unter Allen aufgeteilt wird – und die Arbeitenden eine Kontrolle darüber erhalten, wofür die Gewinne und Reichtümer der Konzerne und Aktionäre genutzt werden.

Und wenn wir uns diese Kasper anschauen, die über uns herrschen – ob in den USA oder hier bei uns – dann sollten wir ihnen die Macht ganz wegnehmen. Wir Arbeitenden könnten die Betriebe und die Gesellschaft auf jeden Fall sehr viel besser leiten.

VW, Ford, Bosch: Immer neue Angriffe auf die Arbeitenden der Autoindustrie

Ihre neuste Ausrede: die „E-Auto-Krise“

Nach VW haben nun die Arbeiterinnen und Arbeiter von Ford in Köln die Hiobsbotschaft erhalten, dass 2.900 der rund 12.000 Beschäftigten ihren Job verlieren sollen. Genau wie bei VW ist der Vorwand, dass Ford auf E-Autos umgestellt habe, nun aber nicht genug Autos verkaufen könne. Eine Lüge! Es kam heraus, dass Ford diese Entlassungen in Wahrheit schon seit vielen Monaten geplant hat. Außerdem entlässt Ford nächstes Jahr auch über zwei Drittel der Belegschaft seines Werks im Saarland. Und dort werden Autos mit Verbrenner-Motor hergestellt.

Das E-Auto ist nur die neuste Ausrede – nach so vielen anderen in den letzten Jahrzehnten – um weitere Entlassungen und Lohnkürzungen zu rechtfertigen.

Statt Entlassungen: Aufteilung der Arbeit!

Es stimmt zwar, dass VW und Ford etwas weniger Autos verkaufen. Doch was sie verschweigen: Es war eine ganz bewusste Entscheidung der Autokonzerne in Europa, fast nur noch große Autos zu bauen und die Preise drastisch anzuheben. Neuwagen kosten in Deutschland im Schnitt 45% mehr als noch vor fünf Jahren. Die Autobosse wussten, dass sie von so teuren Autos weniger verkaufen würden. Doch selbst wenn sie in Europa nun 20% weniger Autos verkaufen, verdienen sie an jedem Auto 45% mehr! Das hindert sie nicht daran, die gesunkenen Verkaufszahlen jetzt dreist als Argument dafür zu nutzen, dass die Arbeitenden der Autoindustrie auf Lohn verzichten oder gar ihren Arbeitsplatz verlieren sollen.

Es gibt keinen Grund, weshalb die Arbeitenden sich darauf einlassen sollten. In den letzten Jahrzehnten haben die Autobosse ständig Stellen abgebaut und gleichzeitig MEHR Autos produziert. Alle Arbeitenden mussten für den gleichen Lohn immer schneller, immer mehr arbeiten. Wenn jetzt also tatsächlich etwas weniger Autos gebaut werden, dann könnten sie in den Fabriken endlich mal wieder langsamer arbeiten, vielleicht auch kürzer – und zwar ohne Lohnverzicht.

Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze

Sowohl bei Ford wie bei VW droht die Gewerkschaft mit „einem Arbeitskampf, den die Bundesrepublik so seit Jahrzehnten nicht erlebt hat“.

Ein solcher Kampf wäre die einzige Chance der Arbeitenden, ihre Haut zu retten! Doch leider können sie sich dafür gerade nicht auf die Gewerkschaftsführung verlassen. Denn die IG-Metall-Führung hat die Logik der Konzernbosse übernommen, dass die Werke „konkurrenzfähiger“ werden, sprich billiger produzieren und mehr Gewinn abwerfen müssten... und hat VW von vornherein Lohnverzicht angeboten.

Damit hat sie einen möglichen Kampf geschwächt, noch bevor er überhaupt begonnen hat. Sie hat all jenen, die sich gegen die Angriffe wehren wollen erklärt, dass sie am Ende auf jeden Fall verzichten müssten. Arbeiter, die von der ARD vor dem Werk interviewt wurden, waren hellsichtiger. Sie antworteten: „Lohnverzicht hat noch nie Arbeitsplätze gerettet.“



„Konkurrenzfähigkeit“: ein Argument zur Spaltung der Arbeitenden

Es ist noch schlimmer: Indem die Gewerkschaftsführung sagt, VW müsse „konkurrenzfähiger“ werden, sagt sie: Zum Erhalt der Arbeitsplätze müsse VW mehr Autos verkaufen und damit seine Konkurrenten (wie Ford) entsprechend weniger... auch wenn dann halt dort Werke geschlossen werden. Sie sagt im Grunde, die Arbeitenden könnten ihre Jobs nur retten auf Kosten der Arbeitenden anderer Konzerne. Dabei ist das Gegenteil der Fall! Es wäre so wichtig, dass wir Arbeitenden uns über die Unternehmen hinweg zusammen tun. Das ist heute besonders offensichtlich, wo wir Arbeitenden überall angegriffen werden. Wie viel mächtiger wären wir, wie viel wirksamer könnten wir unsere Interessen durchsetzen, wenn die Arbeitenden bei VW, Ford, Bosch, Schaeffler, ZF, Continental usw. zusammen streiken würden: gegen Werksschließungen, Entlassungen und Lohnverzicht.

Die Angriffe sind international, der Widerstand muss es auch werden

Und das gilt nicht nur innerhalb Deutschlands! Auch wenn sie uns versuchen einzureden, die Werke würden schließen, weil der „Standort Deutschland“ nicht konkurrenzfähig sei, werden die Arbeitenden in Wahrheit überall angegriffen. Der Volkswagen-Konzern schließt gerade ein Audi-Werk in Brüssel (Belgien), wogegen einige hundert Arbeitende von Audi und den Zuliefererbetrieben mit Bummelstreik, Protestcamp vor dem Werk und öffentlichen Aktionen protestieren. Wie viel besser wäre es für alle Beteiligten, wenn die VW-Arbeitenden in Deutschland und Belgien zusammen kämpfen würden? Und das ist kein Einzelfall: VW will ebenfalls 1-2 Werke in China schließen. Und Ford hat Entlassungen und Kurzarbeit in den USA angekündigt.

In Wahrheit sind die Arbeitenden der anderen Betriebe und Länder nicht unsere Konkurrenten, sondern Opfer wie wir – und die besten Verbündeten im Kampf gegen die Kapitalisten, für deren Profitgier wir bluten sollen.

Zwischen militärischer Eskalation und „Diplomatie“: ein zynisches Spiel mit dem Leben der ukrainischen und russischen Bevölkerung

Die Entscheidung des (noch) US-Präsidenten Biden, dass die ukrainische Armee US-Raketen mit bis zu 300 Kilometer Reichweite auf Russland abschießen darf, hat zu einer weiteren Eskalation des Krieges geführt.

Die russische Armee hat als Antwort darauf die ukrainischen Städte so massiv bombardiert wie lange nicht. Und die US-Regierung hat verkündet, Anti-Personen-Minen an die ukrainische Armee zu liefern. Das sind Minen, die vergraben werden und explodieren, wenn Menschen sich ihnen nähern. Es sind Minen, die ganz gezielt dazu dienen, Soldaten wie Zivilisten zu verstümmeln.

Die Journalisten erklären, dass Biden mit diesen Entscheidungen seinem Nachfolger Trump eins auswischen wolle, der großspurig erklärt hat, den Krieg in der Ukraine „in 24 Stunden“ beenden zu können. In Wahrheit sind Biden und Trump nur zwei Facetten derselben US-Außenpolitik.

Bereits seit über einem Jahr denken die Führung der US-Armee und hochrangige Diplomaten immer offener darüber nach, wie man den Krieg beenden könne. Schließlich haben die USA ihre Kriegsziele weitgehend erreicht. Heimlich gab es immer wieder Treffen zwischen Ukraine, Russland und den USA. Trumps Präsidentschaft könnten die US-Diplomaten als Gelegenheit nutzen, um ohne Gesichtverlust nun auch offiziell Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu beginnen.

Ob und wann es aber dazu kommt und mit welchem Ergebnis, ist absolut unklar. Denn beide Seiten versuchen derzeit, sich für solche Verhandlungen militärisch in die bestmögliche Position zu bringen. Deshalb hat Biden gerade jetzt die Erlaubnis gegeben, Russland mit US-Raketen zu bombardieren. Und deshalb hat auch Trump dem ukrainischen Staatschef versichert, dass erst einmal alles „weitergeht wie bisher“.



1000 Tage Krieg, Tod und Zerstörung

Bevor also vielleicht über einen Waffenstillstand verhandelt wird, wird der Krieg erst einmal noch brutaler und zerstörerischer. Beide Seiten erhöhen dazu noch einmal ihre Militärausgaben: Russland will nun 33% seines Staatshaushaltes nur für Militär ausgeben, die Ukraine sogar weit über 50%, zusätzlich zu den Waffenlieferungen aus dem Westen. Wie viele weitere Menschen werden sterben, wie viele weitere Gegenden unbewohnbar werden, bevor die Mächtigen ernsthaft über einen Waffenstillstand verhandeln?

Und selbst wenn der Krieg irgendwann enden sollte, sind Horror und Leid für die Bevölkerung nicht vorbei. Kriegsinvaliden, zerstörte Wohnungen und

Krankenhäuser, auf Jahre verseuchte Felder, Arbeitslosigkeit, bitterste Armut werden gerade im Osten des Landes viele Jahre das Leben beherrschen.

In der Ukraine hat das Militär durch den Krieg außerdem einen riesigen Einfluss gewonnen. Meinungsfreiheit und Arbeiterrechte wurden de facto abgeschafft, während Oligarchen und Kriegsgewinnler durch ihr vieles Geld zusammen mit extrem nationalistischen Generälen die Macht ausüben.

Ganz zu schweigen davon, dass die Ukraine nun so extrem bei westlichen Banken und Staaten verschuldet und damit so abhängig von ihnen ist, dass die USA – und ein wenig auch Westeuropa – der ukrainischen Bevölkerung ihre Politik diktieren können.

Egal wie ein Friedensabkommen aussehen sollte: Für die ukrainische Bevölkerung wird es also am Ende des Krieges keine Freiheit geben und nicht einmal nationale Unabhängigkeit.

Schon jetzt fragen sich immer mehr Menschen: Wofür haben wir eigentlich gekämpft, wofür so viel Blut vergossen?

„Man glaubt, fürs Vaterland zu sterben, man stirbt für die Industriellen“: So fasste der französische Literaturnobelpreisträger Anatole France die bittere Erkenntnis der Menschen nach dem 1. Weltkrieg zusammen.

Sie ist noch heute gültig. Wenn die einfache Bevölkerung wirklich ihre Interessen und Freiheit verteidigen will, muss sie zuerst dafür sorgen, dass die Wirtschaft und der Staat ihr gehören.

Afghanistan: Lebendig eingemauert

Seit die Taliban in Afghanistan wieder an der Macht sind, wird das Leben der Frauen und Mädchen immer unerträglicher. Sie dürfen nur bis zur 6. Klasse zur Schule gehen, in vielen Bereichen nicht arbeiten, nur in Begleitung eines männlichen Verwandten das Haus verlassen... Mittlerweile haben die Taliban den Frauen sogar verboten, außerhalb ihres Hauses miteinander zu reden. Selbst in ihren eigenen vier Wänden dürfen sie nicht mehr sprechen, wenn männlicher Besuch anwesend ist.

Das hindert die CDU nicht daran zu fordern, dass die deutsche Regierung mit den Taliban zusammenarbeiten solle... damit man abgelehnte Asylbewerber wieder nach Afghanistan abschieben kann.

Überhaupt haben sich viele Staaten mit dem Taliban-Regime arrangiert. Die Taliban vergeben zum Beispiel dutzende Bergbaukonzessionen an ausländische Firmen.

Zu verdanken haben die Taliban dies letztlich den westlichen Großmächten, allen voran den USA. Diese hatten 20 Jahre lang Afghanistan besetzt und einen so schlimmen Krieg auf dem Rücken der Bevölkerung geführt, dass die Taliban darin letztlich immer stärker wurden. Chaos und Anschläge bestimmten den Alltag unter der US-Besatzung. Mit dem Ergebnis, dass die US-Regierung 2021 das Land den Taliban überlassen haben, damit diese für Ruhe und wirtschaftliche „Ordnung“ in Afghanistan sorgen – auch wenn diese religiösen Fanatiker dafür die weibliche Hälfte der Bevölkerung bei lebendigem Leib einmauern.

Großdemonstration gegen Sparmaßnahmen

32.000 Beschäftigte und Betroffene haben am 13. November in Düsseldorf gegen Sparpläne der NRW-Landesregierung (CDU, Grüne) im sozialen Bereich demonstriert. Betroffen sind die Unterstützung von Behinderten, die Suchthilfe, Frauen- und Jugendhäuser, Hilfen für Geflüchtete, Schuldnerberatungsstellen, Kitas...

In mehreren Bereichen wird über die Hälfte aller Mittel gekürzt, bei einzelnen werden sie sogar komplett gestrichen.

Schon seit Jahrzehnten spart jede Landesregierung im sozialen Bereich, und mit jeder Sparmaßnahme werden die Folgen schlimmer. Doch bisher fanden die Einsparungen meist still und heimlich statt, weil sie nie alle gleichzeitig betrafen, sondern mal die eine, mal eine andere kleinere Gruppe.

Dank der jetzigen Demonstration wurde zum ersten Mal sichtbar, an wie vielen verschiedenen Stellen noch weiter gespart werden soll – und wie wichtig es ist, sich alle gemeinsam dagegen zu wehren.

Ein Kampf im Interesse Aller

In einem Altenheim für Demenzerkrankte in der Nähe von Bremen arbeiten 10 Kolumbianerinnen und Kolumbianer. Sie stellen ein Drittel der ganzen Belegschaft. Doch nun sollen sie alle abgeschoben werden!

Keiner weiß, wie das Heim dann noch funktionieren soll. Ein Wahnsinn, der in Zukunft immer häufiger zu passieren droht, weil immer mehr Geflüchtete abgeschoben werden sollen.



Heimleiter, Beschäftigte und Angehörige der Demenzerkrankten versuchen, mit Petitionen und öffentlicher Aufmerksamkeit die Abschiebung der Kolleg*innen zu verhindern. Gefragt, was er tun wird, wenn die Polizei sie trotzdem zur Abschiebung abzuholen versucht, erklärt der Heimleiter: „Ich weiß, dass sie die Leute oft während der Arbeit abholen, weil man sie da am besten antrifft. Die kommen hier nicht rein. (...) Sie können gerne auf dem Bürgersteig oder an der Bushaltestelle warten. (...) Und dann werden die Kolumbianer hier pennen, so lange, wie es irgendwie geht.“

AfD-Abgeordneter: Seine (weißrussischen) Arbeiter schufteten für 5 Euro am Tag

Im sächsischen Parlament fordert der AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau „Deutschland zuerst“ und „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“. Er selber aber hat sein Geld in einen riesigen, 1.500 Hektar großen Landwirtschaftsbetrieb für Zwiebeln in Belarus (Weißrussland) investiert. Nicht zuletzt, um – wie so viele Kapitalisten – die billigen Arbeitskräfte dort auszunutzen zu können.

Um sogar noch mehr zu sparen, lässt er die Zwiebeln größtenteils von Strafgefangenen säen und ernten, die im autoritär regierten Belarus zum Teil einfach wegen Alkoholkonsums ins Gefängnis gekommen sind oder deshalb, weil sie eine regimekritische Seite in den sozialen Medien geliked haben.

Diese Gefangenen arbeiten von 7 Uhr morgens bis 18 Uhr abends auf den Feldern des AfD-Abgeordneten, ohne warme Kleidung für die Feldarbeit. All das für ganze 5 Euro am Tag, die das Gefängnis oft sogar noch einbehält.

Regelmäßig kommt Dornau auch selber vorbei und vergewissert sich, dass die profitable Ausbeutung der Zwangsarbeiter reibungslos abläuft. Das hindert ihn nicht daran, sich hier als „Verteidiger der kleinen Leute“ aufzuspielen.

Keiner von Dornaus Partei-Freunden hat irgendein Problem mit diesen Geschäften. Kein Wunder: Das ist nämlich durchaus die „unternehmerische Freiheit“ und der Umgang mit den Rechten von Arbeitern und Andersdenkenden, von denen die AfD auch in Deutschland träumt.

FDP-Minister:

Sie bekommen wirklich viel „Bürger“-Geld

Jeder der entlassenen FDP-Minister erhält in den nächsten zwei Jahren insgesamt 234.000 Euro „Übergangsgeld“ – ohne dafür auch nur einen Handschlag tun zu müssen.

Das sind dieselben FDP'ler, die den Arbeiterinnen und Arbeitern, die wegen Krankheit, Krise oder sonstiger Gründe entlassen wurden, das Bürgergeld kürzen wollen... weil 563 Euro im Monat zum Leben doch viel zu viel wären!

Bayer-Roulette

Die Aktienkurse des Bayer-Konzerns sinken seit Jahren: Vor allem, seit sich Bayer gigantisch verschuldet hat, um den US-Konzern Monsanto aufzukaufen und nun die ganzen Klagen wegen dessen krebserregenden Produkten am Hals hat. Deshalb sparen die Bosse von Bayer schon seit längerem umso aggressiver bei den Arbeitenden von Bayer und den Subfirmen.

Die Arbeitenden haben mit den verantwortungslosen Entscheidungen ihrer „eigenen“ Kapitalisten wahrlich schon genug am Hals. Doch nun hat auch noch eine Gruppe reicher Kapitalisten an der Börse 100 Millionen Euro auf fallende Aktienkurse von Bayer gewettet.

Der Witz ist: Bei einer Wette in solch gigantischer Höhe ist quasi sicher, dass die Börse reagiert und die Aktienkurse weiter abstürzen. Die Spekulanten können sich also sicher sein, dass sie gewinnen werden... während die Arbeitenden die Folgen bezahlen müssen.

Und dieser parasitären, verantwortungslosen Kapitalisten-Klasse sollen wir die Entscheidungen und die Macht über die Betriebe überlassen?

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14 € pro Jahr!